

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Verkehrssicherheit an der Straßganger Straße

GR. **Slamanig** stellt folgende Frage:

GR. **Slamanig**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! An der Straßgangerstraße im Bereich der Schererstraße sind die Bewohner dieser Siedlung besorgt über die mangelnde Verkehrssicherheit. In Kürze wird hier der Spielplatz eröffnet.

Nun ist die Situation derart problematisch, weil einerseits die erforderlichen Gehsteige und Schutzwege fehlen.

Andererseits gibt es dort zwei Bushaltestellen. Jedermann, der sich über die Verkehrssituation ein Bild macht, wird erkennen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, dass hier etwas passiert, was wir nicht hoffen.

Der KPÖ-Klub hat an Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister, bereits in der Gemeinderatssitzung vom 16. Juni 2005 in diesem Zusammenhang eine Frage gestellt. Tatsächlich ist bisher noch nichts geschehen. Kinder queren die Straße vor und hinter den Bussen.

Bis tatsächlich der gesamte Straßenbereich baulich gesichert wird, richte ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich als Sofortmaßnahme dafür einzusetzen, dass bis zur Gesamtanierung dieses Straßenabschnittes zur Erhöhung der Verkehrssicherheit die zulässige Höchstgeschwindigkeit in diesem Abschnitt auf 30 km/h herabgesetzt wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Herr Gemeinderat! Ich möchte vielleicht gleich Stellung dazu beziehen. Ich weiß aus der Abteilung für Verkehrsplanung, dass die Straßganger Straße eine Landesstraße ist und als Verkehrsstraße klassifiziert ist. Es gibt eine

Druckknopfanlage rund 80 Meter südlich der Schererstraße im Bereich der Bushaltestelle. Es ist angedacht für das Jahr 2007 die Sanierung und der Kreuzungsausbau der Schererstraße sowie die Einrichtung oder die Errichtung eines Busfahrstreifens ab dem Jahr 2007. Aus derzeitiger Sicht besteht keine Begründung, auf Grund der Verkehrssicherheit dort Tempo 30 einzuführen. Das heißt, das Problem ist schon einmal erkannt worden, die Busspur und diese Ausbauten sind für 2007 da, bitte das auch im Moment so zur Kenntnis zu nehmen.

GR. **Slamanig**: Meine Frage war, ist diese Maßnahme...

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, noch einmal: Werden wir jetzt nicht Tempo 30 dort verordnen, weil es auch eine Landesstraße ist und sie im Moment auch als Verkehrsstraße klassifiziert ist und auf Grund der Verkehrssicherheit Tempo 30 dort noch nicht einzuführen ist aus der Sicht der Fachabteilung.

2) Standplatz des Bücherbusses im Bereich der Wienerbergersiedlung IV

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Herr Bürgermeister! Es geht um den Bücherbus im Bereich der Wienerbergersiedlung IV in St. Peter. Der hatte bislang seinen Standort bei der Einfahrt. Er musste jetzt der Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 weichen. Die Planungsgruppe hat den Bücherbus jedoch nicht in die Neugestaltung eingebaut.

In dieser Siedlung hat der Bücherbus die höchsten Entlehnungszahlen. Es ist auch Kindern möglich, sich ihre Bücher allein zu holen und diese wieder zurückzubringen,

da der Bücherbus derzeit auf einer verkehrsfreien Fläche steht. In Zeiten der Schließungsaktivitäten anderer Büchereizweigstellen ist es wichtig, bestehende Standorte aktiv zu halten.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass der Bücherbus nach Fertigstellung der Umkehrschleife der Linie 6 im Siedlungsbereich Wienerberger IV einen fixen Standplatz bekommt? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke auch für diese Anfrage, ich habe auch den Kulturamtsleiter Dr. Grabensberger gebeten, dass man vielleicht gleich eine Antwort finden könnten. Das Kulturamt und die Stadtbibliotheken sind bemüht, dem Wunsch der BürgerInnen zu entsprechen. Wir haben dort ordentliche Verkehrsprobleme, weil es ist eine Feuerwehrauffahrt, der Bus darf die Gleise nicht queren, das heißt, bei dieser Schleifenplanung hat es schon die Probleme gegeben, das ist nicht behoben, es wird aber alles Erdenkliche unternommen, damit wir eine Rückkehr im Nahbereich wieder zustande bringen, aber im Moment haben wir noch keine Lösung. Im Moment haben wir, wie gesagt, ein Provisorium, sobald wir eine Lösung haben, das Kulturamt gemeinsam mit den Bibliotheken ist bemüht, das wieder zustande zu bringen.

3) Tarifierhöhung GVB

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Samstag, dem 1. Juli werden die Tarife des Verkehrsverbundes, also auch jene der GVB für alle Fahrgäste ein weiteres Mal um rund 4% angehoben. Innerhalb weniger Wochen haben rund 9.000 Menschen ihrem Ärger und ihrer Betroffenheit darüber im Rahmen einer von uns ins Leben gerufenen Unterschriftenaktion Ausdruck verliehen. Dass die Tariferhöhung in Zeiten der Feinstaubbelastung und der stetigen, gesundheitsbedrohlichen Zunahme des motorisierten Verkehrs ein fatales und, wie wir meinen, inakzeptables Signal ist, müsste allen hier Anwesenden bewusst sein. Und dass daher sowohl auf den politischen Ebenen in Stadt, Land und Bund als auch auf der wirtschaftlichen Ebene der Grazer Stadtwerke alles unternommen werden muss, um diese Entwicklung zu verhindern, sollte auch außer Streit stehen. Ich habe mir Zahlen herausgeschrieben, um wie viel Prozent die einzelnen Karten seit Einführung des Verkehrsverbundes gestiegen sind und möchte sie hier kurz präsentieren. Der Verbraucherpreisindex seit Einführung des Verkehrsverbundes bis heute ist um 24 % gestiegen. Die Stundenkarte um 29 %, die Halbjahres- und Jahreskarte um 56 % und die Wochenkarte sogar um 73 %. Also, diese Steigerungen können in unserem Sinne wohl schwer mit dem Argument der Erhöhung der Stahlpreise und der Erhöhung der Ölpreise und der Energiepreise allgemein begründet werden.

Ich stelle daher meine

A n f r a g e

an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Was genau haben Sie unternommen, um den Grazerinnen und Grazern die neuerliche Tariferhöhung bei den Grazer Verkehrsbetrieben zu ersparen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, bevor ich dann unmittelbar auf Ihre Frage eingehe möchte ich hier eine Feststellung treffen. Die Landeshauptstadt Graz hat in den letzten Jahren Anstrengungen für den öffentlichen Verkehr unternommen wie

noch nie zuvor oder zumindest schon seit langer Zeit nicht mehr. Sie wissen wahrscheinlich auch genauso gut wie ich, dass wir allein im GVB-Bereich unsere Grazer Stadtwerke, gemeinsam Stadt und Stadtwerke, einen Verlust von mittlerweile schon über 30 Millionen Euro für die Grazerinnen und Grazer, aber auch für alle Einpendler und Gäste mitabdecken, das ist eine enorme Summe. Der dritte Bereich, und der ist mir besonders wichtig, Sie werden auch wissen, dass es von Zeit zu Zeit ein Ranking aller Verkehrsunternehmen in Österreich in den Landeshauptstädten gibt, und ich möchte an das letzte Ranking erinnern, wo unsere Grazer Verkehrsbetriebe und unsere Stadtwerke in fast allen Bereichen im absoluten Spitzenfeld, wenn nicht ganz oben gelegen sind, wenn der Vergleich da war, was kostet uns auch die Qualität und wie viel wird angeboten. Es gibt immer wieder Diskussionen, wenn wir politisch hinausgehen, ich habe das unlängst erst einmal mit einer Studentengruppe im Afroasiatischen Institut gehabt, wo die Leute gesagt haben, bitte noch mehr, noch mehr, noch mehr, wir brauchen das und dann auch ein Student aus Linz aufgestanden ist und gesagt hat, meine lieben Herrschaften, ich kann euch nur eines sagen, ich komme aus Linz, das was in Graz geboten wird, haben wir nicht. Wir fahren im Viertelstunden-Rhythmus und wir haben bei weitem nicht so ein dicht erschlossenes Verkehrsnetz, wie ihr es in Graz habt. Wenn Sie jetzt mit der Forderung kommen und sagen, wir mögen bitte verhindern, dass es weitere Preissteigerungen gibt, obwohl wir nachweisen können, dass wir zu den günstigsten Zeitkartenunternehmungen Österreichs gehören in Landeshauptstädten, dann mag das durchaus vielleicht seine Wirkung haben, aber man soll in der Politik auch den Mut haben, den Menschen zu sagen, dass wir zumindest einen Index jährlich abfangen müssen, um dieses Loch nicht noch zusätzlich zu vergrößern. Und die Investitionskosten und die Anschaffung neuer Straßenbahnen etc. macht es den GVB im Moment alleine und den Stadtwerken nicht möglich. Es gibt gemäß vertraglicher Vereinbarung mit dem Verkehrsverbund Steiermark eine jährliche Indexanpassung mit klaren Obergrenzen, das war unser Bekenntnis, dass man auch da nicht beliebig einfach erhöhen darf. Das ist dort geregelt, ohne dass ein Eingriff der Gebietskörperschaft vorgesehen ist, das heißt, wir haben einen klaren Vertrag und wir haben auch eine Aktiengesellschaft, die von den Verkehrsunternehmen argumentierten Preissteigerungen und das betrifft nicht nur die Grazer Stadtwerke AG und die GVB, sondern auch alle übrigen Verkehrsunternehmen, sagen, dass die Preissteigerungen weit über das Ausmaß noch hinausgehen. Das heißt, in Wahrheit

wäre es noch, um es kostendeckend zu machen, noch mehr möglich. Also, das heißt, wir gehen schon behutsam vor und es kommt jährlich zu diesen Indexanpassungen, weil wir auch Qualitätsverbesserungen wollen. Da werden wir sagen, wir zahlen alle nichts mehr dafür, dann wird es auch keine Qualitätsverbesserung geben und keinen Ausbau. Eine Beschränkung oder Verhinderung dieser 4-prozentigen Tarifierhöhung wäre somit nach den derzeitigen Rahmenbedingungen für uns gar nicht möglich, würde aber zweitens, wenn man die Rahmenbedingungen ändert, zu erhöhten Verlusten in der GVB führen, die finanziell dort nicht vertretbar wären oder wir sagen aus unserem Budget heraus, und da ist es nicht vorgesehen, wir decken auch diese Geschichte wieder ab. Also, das ist, sage ich, die ehrliche Antwort dazu. Es wäre immer wünschenswerter, noch günstiger bei diesen Tarifen zu sein, aber der Zuschuss, und das müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern auch sagen, ist schon eine enorme Summe. 30 Millionen, Tendenz steigend und wir bauen laufend aus. Vielleicht ist das die Antwort, mehr kann ich im Moment auch nicht tun (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Danke für Ihre Antwort. Ich möchte aber doch einiges hinzufügen. Wenn Sie von Mut sprechen, dass die Politik Mut setzen muss und Mut zeigen muss, dann sage ich ja, das soll sie. Ich hätte gerne, dass die Politik den Mut hat, einen Paradigmenwechsel endlich einmal durchzuführen. Denn es ist nicht einzusehen, und das haben rund 9000 Menschen auch mit ihrer Unterschrift bekundet und viele andere in Gesprächen ausgedrückt, es ist nicht einzusehen, dass jene Menschen, die ihren Teil dazu beitragen, dass diese Stadt oder die Luft nicht noch mehr durch Feinstaub und andere schädliche Abgase belastet wird, die ZeitkartenbenützerInnen zur Kasse gebeten werden, es ist nicht einzusehen, dass aber auf der anderen Seite sehr wohl die Autofahrerinnen und Autofahrer subventioniert werden, damit sie ihre Partikelfilter einbauen, Gott sei Dank gibt es die Partikelfilter, aber es ist für mich eine Schieflage, eine absolute Schieflage, jene zu unterstützen, die partout nicht auf ihr Auto verzichten wollen oder können, es gibt ja auch die PendlerInnen, die nicht können, aber es gibt auch die vielen, vielen Grazerinnen und Grazer, die auch glauben, dass sie auf ihr Auto nicht verzichten können und auch die bekommen diese finanzielle Unterstützung. Wir Grüne vermissen genau diesen Wechsel, den

Wechsel dieser Sichtweise, dass jene Menschen, die auf den öffentlichen Verkehr setzen, unterstützt werden, dass RadfahrerInnen unterstützt werden, dass FußgeherInnen unterstützt werden und nicht die AutofahrerInnen und insofern danke ich zwar für die Antwort, bin aber ganz und gar nicht zufrieden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, auch dazu, ich bin leider mit der Situation auch nicht zufrieden und ich würde wirklich gerne auch das, was Sie jetzt gesagt haben, wirklich massiv unterstützen. Paradigmenwechsel haben wir in der vergangenen und in dieser Periode durchaus gesetzt, weil es waren vorher mäßig bis kaum Investitionen da. Ich erinnere daran, dass wir alles umgestellt haben auf Niederflur, was einen enormen Sprung für die Bevölkerung von Graz vom Kinderwagen bis zu den Senioren bedeutet haben. Ich erinnere daran, dass wir ein eigenes Ringliniensystem eingeführt hat, das es bisher nicht gegeben hat und das enorm Geld gekostet hat. Ich erinnere daran, dass wir den Paradigmenwechsel einmal erstmalig auch Straßenbahnverlängerungen seit Jahrzehnten wieder durchführen und noch einmal, ein Paradigmenwechsel war auch nicht notwendig. Ich glaube, es war in der Zeit, wo Alfred Stingl und Frau Vizebürgermeisterin Feldgrill die Verantwortung als Bürgermeister und Stellvertreterin getragen haben, dass man damals einen enormen Paradigmenwechsel geschafft hat, nämlich dass die Dauer- und Zeitkarten fast auf ein Prozentmaß von 30 % heruntergesenkt worden sind und jetzt müssen wir den Index zustande bringen, wenn wir das nicht tun, dann fürchte ich, dass wir die gesamte Finanzierungssituation bei den Stadtwerken und der Stadt Graz gar nicht mehr schaffen. Noch einmal, 30 Millionen Euro ist enorm und die Partikelfilter bin ich auch bei Ihnen, man muss es tun, weil manche Menschen wirklich vom Auto abhängig sind und weil wir unsere Verkehrserschließung bis nach Graz-Umgebung noch nicht so perfekt haben, aber ich glaube, wir gehen da sehr maßvoll vor und wir haben sowohl für den Feinstaub etwas beschlossen im Grazer Gemeinderat einstimmig, was wir verfolgen, als auch hier im Verkehrsbereich. Mehr kann ich Ihnen heute leider nicht sagen, ich habe die Millionen weder im Budget hier und auch bei den Stadtwerken wird uns mitgeteilt, dass sie zumindest diese maßvolle Indexerhöhung brauchen (*Applaus ÖVP und Teile SPÖ*).

GRin. **Binder**: Dass Sie die Millionen nicht haben, das weiß ich, aber ich wollte von Ihnen eigentlich nur hören, dass Sie sich ganz vehement und mit all Ihrer Kraft einsetzen werden, dass diese Schieflage eben nicht entsteht, die ich vorher angedeutet habe und möchte Ihnen die fast 9000 Unterschriften überreichen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, ich setze mich so vehement und eindeutig für diesen Bereich ein, glauben Sie es mir (*Applaus ÖVP*).

4) Grünraum- und Baumschutz

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Art und Weise, wie eine Stadt mit dem Schutz ihrer Bäume und Grünflächen umgeht, ist ein aussagekräftiger Gradmesser für ihre Lebensqualität. Dass Graz diesbezüglich ein ernsthaftes Problem hat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), haben wir Ihnen und dem Gemeinderat in unterschiedlichen Anträgen und Anfragen zur Baumschutzverordnung, zum Grünraumschutz im Bauverfahren, zum Ankauf von Waldflächen, zur Erstellung von Bepflanzungsrichtlinien u.v.m. immer wieder deutlich zu vermitteln versucht.

Nicht zuletzt die vergangenen Wochen, und die letzten drei Wochen waren da wirklich, ich sage einmal, beispielgebend im negativen Sinn, haben uns wieder drastisch vor Augen geführt, dass die zuständigen Ämter in keiner Hinsicht in der Lage sind, Bauverfahren und Grünraumschutz in Einklang zu bringen, Pflegemaßnahmen zu koordinieren, geschweige denn aktive Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung zu betreiben. Ein kurzer Auszug aus den Vorkommnissen der letzten Wochen:

Am Rosenhain beginnen die stadteigenen Geriatriischen Gesundheitszentren nach einem fast zweijährigen Behördenweg, und das ist das Sensationelle, ich mag das auch sagen, die GGZ sind da wirklich schuldlos an der ganzen Geschichte nach einem zweijährigen Verfahren, es gibt jetzt eine Liste, ich glaube, 25 Behördenkontakte mit den zuständigen Ämtern und dennoch ohne naturschutzrechtliche Genehmigung mitten in einem wunderschönen Freilandgebiet direkt an der Promenade der Max-Mell-Allee, und wie jeder von uns unschwer feststellen kann, er braucht nur in das Internet schauen, der sieht, das ist mitten im Landschaftsschutzgebiet und jeder von uns weiß, wenn ich im Landschaftsschutzgebiet baue, bauen will, brauche ich einen naturschutzrechtlichen Bescheid. Eben dort wird ein großzügiger Parkplatz für PKW geplant, naturschutzrechtlicher Bescheid liegt nicht vor.

Knapp nach den Pfingstfeiertagen werden ohne jedwede Vorankündigung über 20 Bäume der Oeverseeallee gefällt, nachdem der Bevölkerung erst im November des vergangenen Jahres deren Erhalt nach einem, wenngleich umstrittenen, Rückschnitt versprochen wurde. Die Leute unten haben die Pickerl auf ihre Autos gekriegt, stellt die Autos weg, weil die Bäume werden morgen umgeschnitten. In der Abteilung, Kompetenzzentrum Grünraum heißt es ja, wusste man von dieser Geschichte nichts. Ganz eine besonders schöne Geschichte: Hinter dem Karlauerplatz fallen entgegen der mehrmaligen Zusicherung seitens der Bau- und Anlagenbehörde im öffentlich zugänglichen und beliebten Park der Pfarre sechs gesunde Ahornbäume der Kettensäge zum Opfer, weil der angrenzende, neu errichtete Lebensmittelmarkt genau dort einen Sickerschacht errichten muss. Warum der wirklich dort sein muss, hat uns auch niemand plausibel erklären können. Was besonders bekannt ist an der Geschichte, AnrainerInnen, die ihren Befürchtungen rechtzeitig Ausdruck verliehen haben, wurde sogar vom Bauwerber selbst versichert, dass keiner der Bäume entfernt werden wird und nur am Rande, nachdem unsere Klubjuristin sich auch bei der Anlagenbehörde erkundigt hat und das Versprechen bekommen hat, die Bäume werden stehen bleiben, nachgefragt hat bei den zuständigen Beamten, kann ich Ihrem Versprechen vertrauen, hat der darauf sehr salopp gesagt, ja das hat meine erste Frau auch geglaubt, dass sie meinen Versprechungen auch vertrauen kann. Wäre alles nicht so schlimm gewesen, hätten wir nicht vier Tage später den Anruf der Anrainerin gekriegt, dass die sechs Bäume jetzt gerade umfallen.

Beim umstrittenen Bauvorhaben in der Maiffredygasse/Ecke Alberstraße stellt sich plötzlich heraus, dass die Baugrenzlinien, die dort erstmals auch für unterirdische Bauwerke im Bebauungsplan eingezeichnet wurden, was als Erfolg für den Altbestand der Bäume gefeiert wurde, dass diese Baugrenzlinien für den Schutz der Bäume tatsächlich keine Wirkung haben, die Bäume gibt es nämlich nicht mehr, da der Bauwerber gesagt hat, Baugrenzlinien gelten nur für ein Bauwerk und nicht aber für die Baustelle. Das heißt, die Bäume sind einfach weg. Die dadurch vermeintlich geschützte Baumreihe existiert eben nicht mehr.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, bei der Rückverfolgung all dieser Ereignisse stoßt man immer wieder auf die Erkenntnis, dass zahlreiche Bäume und Grünflächen in Graz der Tatsache zum Opfer fallen, dass weder die politisch zuständigen ReferentInnen der jeweiligen Ämter, noch die Ämter selbst ihre Arbeiten und Absichten koordinieren, geschweige denn miteinander kooperieren. Es fehlt schlichtweg der politische Wille und die tägliche Praxis, den Grünraumschutz auf Basis der ohnehin sehr schwachen Gesetzesgrundlagen für diese Stadt zu optimieren.

Aus diesem Grund richte ich heute an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Bist du bereit, die Magistratsdirektion zu beauftragen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die nötige Koordination zwischen den zuständigen Magistratsabteilungen sicherzustellen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich danke dir für diese Anfrage, es ist leider in vielen Fällen so, wie du es beschreibst und ich habe mit dem Herrn Magistratsdirektor schon vereinbart, dass wir ganz im Sinne deiner Anfrage versuchen, diese nötige und notwendige Koordination in Zukunft sicherzustellen.

Mag. **Candussi**: Ich würde nur bitten, wenn es Ergebnisse gibt, dass wir auch informiert werden und vielleicht eingebunden werden in diese Geschichten. Wir sind täglich konfrontiert am Telefon mit den Beschwerden, die da kommen und würden den Leuten gerne andere... Man muss es sich vorstellen, wir haben angerufen, haben das Versprechen gekriegt, rufen bei den Anrainern an und sagen, wir können ihnen versprechen, die Bäume bleiben stehen. Dieselbe Frau ruft an und ich meine, die hält ja uns für deppert, weil wir sagen, ja, wir versprechen, die bleiben stehen, verlassen uns auf das Versprechen und drei Tage später sind die Bäume weg.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist mir ähnlich gegangen, es gibt ja durchaus heute genügend Menschen, die bauen, die auch im Bauverfahren Zusagen machen und dann einfach die Motorsäge auspacken und dann hat man jemandem diese Antwort gegeben, der ruft fast parallel dazu an und sagt, hören Sie zu, die schneiden die Bäume aber gerade nieder. Bis man dann jemand hinschickt, ist die Geschichte auch meistens schon passiert, also die Vorgehensweise von vielen Bauwerbern in dieser Stadt lässt auch zu wünschen über, aber wichtig ist auch einmal, dass die Magistratsstellen so koordiniert sind, dass wir möglichst schnell eingreifen können und dass man vorher vielleicht auch keine falschen Informationen austellt. Aber ich werde mich auch bemühen, dass wir das Ergebnis allen hier im Gemeinderat auch wieder dann mitteilen gemeinsam mit dem Herrn Magistratsdirektor.

Mag. **Candussi**: Einen Satz noch dazu. Es ist das Ganze auch ein Beweis dafür, wie dringend wir die Bepflanzungsrichtlinien brauchen und nicht nur die Richtlinien, sondern die Richtlinien auch ausgestattet mit entsprechenden Sanktionen. Solange das noch immer 200 Euro kostet, wenn ich einen schönen großen Baum widerrechtlich im Bauverfahren umschneide, wird sich das für den Bauwerber immer noch auszahlen. In Wien ist das Ganze ein strafrechtlicher Tatbestand, da sind die Poliere nach der ersten bedingten Verurteilung wie die Haftelmacher dahinter...

Zwischenruf GRin. Gesek: Sie haben ja eh eine Anzeige gemacht.

Mag. **Candussi**: Ja, aber die Strafe macht 200 Euro aus in dem Fall. Ja, ich habe die Anzeige gemacht, aber die Strafe, Frau Kollegin, ich mache eine Anzeige und ich weiß genau, die Strafe, die derjenige, der dann aus Schuldiger herauskommt, macht 200 Euro aus, das ist das, was der durchschnittliche Investor aus der Portokassa bezahlt.

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

Mag. **Candussi**: Das haben wir vorher gemacht...

Bgm. Mag. **Nagl**: Es gibt keine Wechselrede,...

Mag. **Candussi**: O ja, da muss ich jetzt der Frau Kollegin Gesek schon antworten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe auch die Kollegin Gesek gemeint. Bitte, zu Wort melden und herauskommen, Herr Gemeinderat, bitte die Ausführungen zu Ende bringen.

Mag. **Candussi**: Ich habe zum Glück das Recht des Schlusswortes und ich sage der Frau Kollegin Gesek, dass wir, bevor wir die Anzeige gemacht haben und bei all diesen beteiligten Institutionen erkundigt haben, wie denn das ist mit dem Parkplatz und alle haben gesagt, alles ist in Ordnung. Alle haben dann sogar behauptet, sie hätten einen naturschutzrechtlichen Bescheid, der nie verlangt wurde, der aber notwendig gewesen wäre. Wir haben das vorher gemacht, das können Sie nicht wissen, deshalb sage ich Ihnen das jetzt, damit Sie mir nicht vorwerfen, wir hätten es nicht getan. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht auch eine Anmerkungen noch dazu. Sowohl im Bundesdenkmalbereich wie auch im Grünraumbereich ist das Strafausmaß eigentlich so niedrig angesetzt, dass sich auch viele nicht daran halten und über das sollte man in Summe nachdenken, bin ich bei dir.

5) Preispolitik bei den Grazer Freizeitbetrieben

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht in dieser Anfrage um die Preispolitik bei den Grazer Freizeitbetrieben. Die Preispolitik der Grazer Stadtwerke durch ihre Freizeitbetriebe führt dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern schon bald zum Luxus wird. Die Eintrittspreise liegen über jenen in anderen Landeshauptstädten. Auch die sogenannten Familienkarten stellen keine Alternative dar. Im Folgenden möchte ich einen Preisvergleich der Eintritte mit der Bundeshauptstadt Wien anführen:

Art des Eintrittes	GRAZ	WIEN
Tageseintritt Erwachsene	5,70	3,50
Tageseintritt Ermäßigte	3,60	2,50
Tageseintritt Kinder 0-6 Jahre	0,70	

Tageseintritt Kinder 7-14 Jahre	6-16 Jahre: 3,20	0,50
Tageseintritt Jugendliche 15-18 Jahre		1,50
Familienkarte ein Erwachsener, ein Kind	7,30	4,50
Familienkarte zwei erwachsene zwei Kinder	13,50	9

Wie Sie aus diesem Vergleich herauslesen können, unterscheidet das Tarifsysteem der Freizeitbetriebe auch in der Altersspanne zwischen 6 und 15 Jahren nicht zwischen Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus kann man auch erkennen, dass die sogenannten Familienpakete wesentlich teurer sind als in der Bundeshauptstadt. Die Eintrittspreise wurden in Wien seit dem Jahr 2003 nicht mehr erhöht, sondern im Vergleich zum letzten Kalenderjahr sogar um 0,50 Cent gesenkt. Die Freizeitbetriebe in Graz erhöhten die Preise ganz aktuell im Jahr 2006.

Die KPÖ tritt schon seit Jahren für leistbare Eintrittspreise in den Grazer Bädern ein. Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind sie bereit, sich bei den zuständigen Stellen der Freizeitbetriebe dafür einzusetzen, dass 1. eine Preiskorrektur nach unten vorgenommen wird und es 2. für die nächste Badesaison zu keiner Erhöhung für die Eintrittspreise kommt? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, auch hier vorweg einmal eine Mitteilung der Finanzdirektion. Die Freizeitbetriebe müssen eine Tarifpolitik verfolgen, welche auf der einen Seite eine möglichst hohe Auslastung und auf der anderen Seite gleichzeitig einen möglichst hohen Kostendeckungsgrad zustande bringt. Durch besondere Angebote für Familien und Kombitarife werden durchaus auch soziale Akzente gesetzt. Eine politische Preislimitierung führt jedoch zu höheren Defiziten,

die wir in diesem Kreis hier auch gar nicht zu diskutieren haben und ich ersuche Sie auch, dass Sie Ihr Aufsichtsratsmitglied, welches Sie auch in den Grazer Stadtwerken haben, ersuchen, diese Diskussion bei den Stadtwerken zu führen. Ich werde es mit den Vorständen letzten Endes auch tun, damit sie uns auch klar und deutlich erklären und damit auch den Menschen dieser Stadt erklären, woraus sich dieser Tarif zusammensetzt, weil Angebot schafft auch Nachfrage, also ich kann mir durchaus vorstellen, dass bei günstigen Tarifen vielleicht auch mehr die Bäder frequentiert werden. Aber diese Frage müssen wir bitte im Aufsichtsrat drüben stellen. Noch einmal, auch dieser Teil der Stadtwerke ist letzten Endes nach den Richtlinien einer Aktiengesellschaft zu diskutieren und Sie haben auch ein Mitglied im Aufsichtsrat, bitte es dort anzuzetteln, wenn ich so sagen darf, die Diskussion, ich werde es mit den Vorständen aber auch diskutieren, weil mir das auch wichtig ist, wenn solche eklatanten Preisunterschieden zwischen Graz und Wien vorliegen (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Nur eine Anmerkung dazu, die Nachfrage ist automatisch dadurch gegeben, dass viele Kinder und Erwachsene, die im Sommer nicht auf Urlaub fahren können. Ich weiß das einfach auch, bei uns tagtäglich viele kommen und die können sich diese Eintrittspreise nicht leisten und wenn sie günstiger wären, dann wäre die Nachfrage natürlich auch größer (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist genau das, was ich gemeint habe, durch günstige Angebote kriegt man vielleicht einfach mehr Frequenz in die Bäder, dann geht es sich vielleicht doch wieder aus. Aber diese Kostenrechnung sollen Sie im Aufsichtsrat auch diskutieren mit den Vorständen, ich werde aber auch auf Grund Ihrer heutigen Anfrage die Diskussion mit beiden Vorständen führen.

6) BIG Bürgerinformation Graz

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es war einmal eine BIG, eine Zeitung der Stadt Graz, in der entsprechend einer demokratischen Informationspolitik die Klubobleute aller im Gemeinderat vertretenden Fraktionen auf einem fixen Platz in jeder Ausgabe ihre Meinung zu brennenden kommunalpolitischen Themen kundtun konnten. Heute gibt es eine BIG, in der kritische Meinungen zur Arbeit der Stadtregierung nicht mehr vorgesehen, geschweige denn erwünscht sind. Ein Beispiel dafür lieferte die Ausgabe vom Mai 2006, in der seitens der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit eingeholte Kommentare der Klubobleute zum Thema Eckwertbudget letztendlich schlichtweg nicht erschienen sind.

Die BIG erscheint sechs- bis achtmal jährlich in einer Auflage von rund 140.000 Stück. Sie ist eine Stadtzeitung für alle Grazerinnen und Grazer, unabhängig davon, welcher Partei sie bei der letzten Wahl ihre Stimme gegeben haben. Und alle Grazerinnen und Grazer haben folglich auch ein Recht auf die im Gemeinderat vertretene Meinungsvielfalt. Dass es dieses Selbstverständnis anderswo gibt, zeigt zum Beispiel die Stadt Weiz in ihrer Stadtzeitung.

Darüber hinaus sollte es auch ein Anliegen sein, die Zeitung der Stadt Graz zu einer Zeitung der Grazerinnen und Grazer zu machen, indem den Bürgerinnen und Bürgern selbst ein Forum eingerichtet wird, in dem sie ihnen wichtige Informationen und Berichte kommunizieren können.

Meine heutige

A n f r a g e

daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Sind sie bereit dafür zu sorgen, dass

1. in der BürgerInneninformation Graz (BIG) künftig in jeder Ausgabe für jede im Gemeinderat vertretene Fraktion ein redaktioneller Beitrag möglich ist und
2. eine geeignete Form gefunden wird, dass auch BürgerInneninitiativen und aktive Grazerinnen und Grazer in der BIG einen fixen Platz zum Informationsaustausch bekommen? (*Applaus KPÖ*)

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, hier eine ganz klare Antwort, die Ihnen, glaube ich, unter keinen Umständen wirklich gefallen wird. Wir haben in der Stadt Graz mittlerweile eine sehr hohe Dichte an Informationen, gerade im Printbereich, wo es jederzeit möglich ist und auch tagtäglich passiert, dass jeder seine politische Meinung äußern kann. Wir haben einen ganz klaren Kontrakt geschlossen mit der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit, wo die Leistungen der Stadt Graz dargestellt werden sollen, so wie jedes Unternehmen auch das Recht hat, einmal zu sagen, was es geleistet hat und wo unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einmal die Gelegenheit bekommen, genauso wie auf der Internetplattform ohne politisches Hick-Hack einmal ganz klar und deutlich zu sagen, was wir leisten und wozu wir imstande sind. Das ist ein positives Medium und wenn immer wieder nur politisch dann Antworten kommen, es funktioniert eh nichts, dann gibt es, glaube ich, genügend Möglichkeiten. Aber noch einmal, es ist für mich, und so möchte ich es auch weiterhin halten, ein Informationsblatt der Stadt Graz, wo die Leistungen im positiven Sinne als Marketinginstrument genutzt werden, damit die Menschen auch wissen, was hier alles Positives geschieht und es ist keine politische Plattform und ich möchte das auch weiterhin so halten (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Es ist zwar schon ein Unterschied zwischen Tageszeitungen und der BIG, ich glaube, das ist hier auch allen klar. Jetzt weiß ich nur nicht, wo bitte ist die Entscheidung gefällt worden, dass die BIG, die wirklich einmal jede Fraktion eingebunden hat, zu einem Jubeljournal für die Stadtregierung geworden ist? Also das würde mich jetzt schon sehr interessieren, also wo ist die Entscheidungsebene

gewesen, wer hat diese Entscheidung getroffen und zum Schluss möchte ich sagen, Vielfalt ist positiv und die Menschen sind nicht dumm, die Menschen sollen selber entscheiden können, was für sie wichtige Informationen sind, aber dazu muss ihnen auch Vielfalt geboten werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie verwechseln diese Themen komplett. Es ist mir ganz, ganz wichtig, hier noch einmal zu sagen, und wenn Sie den Bezug herstellen, dann freue ich mich nur, dass diese positiven Leistungen auch gleichzeitig abstrahlen auf die Regierung, das freut mich, das ist schön zu hören, wenn Sie sagen, das ist jetzt plötzlich eine Art Lobesgesang auf das, was die Stadtregierung leistet....

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Was haben Sie dann gemeint? Ich habe es nur so jetzt einmal versucht zu interpretieren. Wichtig ist, das sind die positiven Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich denke nicht mehr daran, das zu ändern und ich sage Ihnen auch, es gibt einen Kontrakt, so wie jeder Stadtsenatsreferent in seinem Bereich Kontrakte mit seinen Abteilungen schließen kann und es vermehrt, Gott sei Dank, auch passiert, damit die MitarbeiterInnen klar und deutlich wissen, wo es langgehen soll, habe ich diesen Kontrakt mit meiner Abteilungschefin und auch mit dem Herrn Magistratsdirektor ganz regulär geschlossen. Das ist ein ganz klares Medium, in dem positive Nachrichten über Graz aus der ersten Hand quasi vom Magistrat selbst nach außen gehen sollen. Es ist bitte keine politische Meinungslandschaft da drinnen abzubilden, das möchte ich so halten und ich bitte Sie, das auch zu akzeptieren (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Ich möchte nur eine Korrektur anbringen, weil die Sigi Binder gesagt hat, dass das zu einer Jubelzeitung für die Stadtregierung jetzt gekommen ist. Zur Stadtregierung gehört auch meine Fraktion und uns geht es da in der Beziehung gleich wie eurer Fraktion.

7) Einladung zum Stadtparkgipfel

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Uray-Frick**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im März dieses Jahres hat der freiheitliche Gemeinderatsklub einen dringlichen Antrag und im Mai dieses Jahres eine Anfrage mit dem Betreff „Stadtparkgipfel“ gestellt.

Tenor des mit Mehrheit beschlossenen dringlichen Antrages war, dass ein Stadtparkgipfel einberufen wird, an welchem neben dem Bürgermeister die Klubobleute der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, die Bezirksvorsteher der Bezirke, die an den Stadtpark angrenzen, Vertreter der Polizei, der Wirtschaftsbetriebe, Stadtgartenamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Naturwacht und Landesregierung teilnehmen sollten. Zusätzlich sollten Vertreter von Schülern und Studenten sowie Seniorensprecher und Medienvertreter eingeladen werden.

Im Juni war es dann so weit, der von unserem Gemeinderat Mag. Korschelt initiierte Stadtparkgipfel fand tatsächlich statt. Vertreter der Medien waren offensichtlich auch anwesend, denn ich konnte am darauf folgenden Tag einer Grazer Tageszeitung entnehmen, dass erstens der Stadtparkgipfel stattgefunden hat und dass zweitens die FPÖ nicht vertreten war. Meine Verwunderung war groß...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Uray-Frick**: Ich komme schon dazu, ...und nachdem ich die Ursache eruiert hatte, warum kein Vertreter meiner Fraktion anwesend war, wurde aus der Verwunderung Verärgerung, denn man hatte offensichtlich vergessen, den freiheitlichen Klub oder mich in meiner Funktion als Klubobfrau einzuladen. Auf Nachfrage im Bürgermeisteramt wurde mir mitgeteilt, dass der Antragsteller des dringlichen Antrages Mag. Korschelt informiert worden sei, er weiß von dieser Information nichts, die Mail ist nicht bei ihm angekommen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass dem mit Mehrheit beschlossene dringlichen Antrag zufolge, wie es der Antragstext klar und deutlich formuliert, die Klubobleute einzuladen gewesen wäre. Ich habe gehört, dass das bei den Grünen auch nicht so wirklich funktioniert hat. Ich will ja niemandem Böswilligkeit unterstellen, aber es ist dies eine äußerst unprofessionelle, um nicht zu sagen, schlampige Vorgehensweise. Vielleicht sollten wir die Mittel, die wir da in Gut-Mensch-Manier in den nächsten Stunden verteilen werden, einmal dafür verwenden, um dem Bürgermeisteramt, oder um das Team um den Bürgermeister, so möchte ich sagen, ein Kommunikationsseminar zu finanzieren, denn das Thema der Kommunikation, ständig funktioniert es irgendwo nicht.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, in Zukunft Einladungen, vor allem jene, die per Mail versandt werden, rechtzeitig und ordnungsgemäß an die im Grazer Gemeinderat vertretenen Klubs zu versenden? Und lasse mich das um einen Satz erweitern, überhaupt in deinem Umfeld der Frage der Kommunikation ein bisschen mehr Stellenwert zu verleihen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Stadträtin außer Dienst, Frau Klubobfrau und Frau Gemeinderätin, liebe Maxie! Auch diese Anfrage werde ich heute beantworten und nicht geschäftsordnungsgemäß erledigen. Erstens einmal bin ich untröstlich, dass ich

die Klubobfrau des freiheitlichen Klubs nicht eingeladen habe, dieser Fehler ist passiert und dafür muss ich mich auch entschuldigen. Ich darf dir aber heute auch mitgeben, damit du es mir glaubst, dass wir auf mehrfache Weise eingeladen haben. Wir haben eingeladen über die Medien, es wurde auch mehrfach in den Medien schon im Vorfeld darüber berichtet...

Mag. **Uray-Frick**: Sei mir nicht böse, das ist keine Einladung für mich, wenn in der Zeitung steht, dass das ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf vielleicht noch aussprechen, dann würdest du auch erfahren, wie wir noch eingeladen haben. Wir haben per Flugblatt eingeladen, weil es uns ganz wichtig war, dass auch viele Menschen, die in diesem Stadtpark leben, auch arbeiten, auch dazukommen, um ihre Meinung kundzutun. Ich sage dann was über das Ergebnis und den Inhalt und drittens haben wir mittels E-Mail eingeladen. Die Mail an den Herrn Gemeinderat Korschelt mit der Erinnerung ist am Montag, dem 12. 6. um 8.30 Uhr, und ich werde es dir dann mitgeben, es steht ja im Zeitalter der EDV Gott sei Dank alles auch nachweislich dann drauf, auch nicht zurückgekommen und ist daher angekommen. Es waren VertreterInnen von Polizei, Sozial- und Gesundheitsamt sowie der Wirtschaftsbetriebe, der Parkwächter, die mit dem Stadtpark tatsächlich täglich oder häufig zu tun haben, anwesend. Desgleichen auch Gemeinderats- und Bezirksvertreter von KPÖ, SPÖ und meiner Fraktion und auch die beiden Kinder-BürgermeisterInnen. Insgesamt haben 47 Personen an diesem Gespräch teilgenommen und die Ergebnisse können sich sehen lassen. Dieser Stadtparkgipfel hat ja auch etwas ganz anderes gebracht, als wir uns ursprünglich vorgesehen haben. Die meisten Menschen haben sich einfach positiv über den Stadtpark auch einmal geäußert, sehr wohl darauf hingewiesen, dass es Defizite im Sicherheitsbereich gibt, was Beleuchtung anbelangt, auch diese Drogengeschichte, nämlich nicht die mit den Cannabisdrogen, sondern auch härtere Drogen im WC-Bereich, ist ein Ergebnis, darum sollten wir uns kümmern, aber ganz wichtig ist die Feststellung aller, dass in dieser Stadt Graz der Stadtpark in einem Ausmaß genutzt

wird, wie er noch nie benutzt worden ist. Und deswegen stellt es auch besondere Herausforderungen an die Infrastruktur und an die Ordnung und an die Sicherheit und an die Pflege. Ich darf dir nur sagen, die Mail ist ergangen an die Frau Gemeinderätin Binder, an den Klubobmann Percevic, an den Klubchef der SPÖ, an Harald Korschelt und Gemeinderat Schmalhardt, auch Klubobmann. Ich kann dir das dann auch mitgeben und glaube mir, gerade die Damen und Herren des BürgermeisterInnenamtes haben tagtäglich soviel an Kommunikation zu leisten, dass vielleicht auch einmal ein Fehler passieren kann. Noch einmal, ich entschuldige mich, dass du es nicht bekommen hast, das tut mir wirklich leid.

Mag. **Uray-Frick**: Kurz einen Satz. Ich bin sonst ja nicht so empfindlich, aber das ist gerade ein Thema gewesen, wo wir uns wirklich eingesetzt haben, der Harald sagt, er hat es nicht bekommen, ich kann ja seinen Computer da jetzt nicht umschmeißen. Tatsache ist jedenfalls, dass wir im Gemeinderat beschlossen haben, es sind die Klubobleute einzuladen. Ich akzeptiere oder ich muss zur Kenntnis nehmen, das es nicht passiert ist, ich sage es aber noch einmal, ich würde wirklich ersuchen ganz grundsätzlich, dass in diesem Hause in Hinkunft mehr Schwerpunkte oder mehr Augenmerk auf eine ordentliche Kommunikation gelegt wird und ordentliche Kommunikation heißt für mich nicht, im letzten Abdruck rasch eine Mail hinausschicken oder so quasi schau, was in der Zeitung steht oder wo du sonst ein Flugblatt oder sonst was erwischt (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

8) Volkszählung/Aktuelle Einwohnerstatistik

GR. **Khull-Kholwald** stellt folgende Anfrage:

GR. **Khull-Kholwald**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Nicht nur in Anbetracht der langen Tagesordnung, sondern dadurch auch, dass ich davon ausgehe, dass die wesentlichen handelnden Personen in diesem

Haus an sich zumindest vom Inhalt her wissen, was ich mit dieser Anfrage hier vorstellen möchte, verzichte ich darauf, diesen relativ langen Motivenbericht vorzutragen und fasse ihn sozusagen in einem Satz zusammen. Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass es den zumindest handelnden Personen hier im Hause bekannt ist, dass es zwischen den Zahlen, die uns die Volkszählung 2001 liefert, und jenen Zahlen, die für das Jahr 2005 zum ersten Mal wieder von unserer Stadt erhoben wurden, einen krassen Widerspruch von plus 21.000 Menschen gibt. Ich möchte mit dieser Anfrage damit bezwecken, dass sich die Stadt Graz und die offiziellen dafür zuständigen Stellen schriftlich mit diesem Problem auseinandersetzen, um es nachher an dieser Stelle zu diskutieren.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgereister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass unverzüglich abgeklärt wird, ob nun die Zahlen der Volkszählung oder die Zahlen, welche von der Stadt Graz für 2005 ermittelt wurden, richtig sind, und für den Fall, dass die Volkszählung falsche Daten geliefert hat, welche Strategien wir setzen müssen, um den daraus resultierenden erwachsenen, vor allem finanziellen Schaden so gering wie nur irgendwie möglich zu halten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Selbstverständlich sind mir als Verantwortlichem in der Stadtregierung und auch zuständig für die Magistratsdirektion und für das Präsidialamt, wo die Statistik auch angesiedelt ist, auch aufgefallen, dass wir, ich sage jetzt, Gott sei Dank, auch wieder um 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Graz mehr haben und ich bin der Sache natürlich, so wie Sie auch das wollen, auf den Grund gegangen. Nach Rücksprache mit dem BürgerInnenamt ist Folgendes zu berichten: Vor der Großzählung im Jahr 2001 haben sich viele Bürgerinnen und Bürger abgemeldet und Wohnsitze, und zwar Hauptwohnsitze, in Graz-Umgebung und in Bezirken wie Deutschlandsberg, Weiz etc. gegründet. Nach der Großzählung haben sich offensichtlich auch viele wieder in

Graz angemeldet. Dieses Phänomen trifft leider auch in anderen Großstädten zu und ist von der Statistik Austria sogar belegt. Ein weiterer Grund ist die vermehrte Gründung von Hauptwohnsitzen von nicht österreichischen Staatsbürgern jetzt auch in Graz, auch diese Steigerung ist von der Statistik Austria im zentralen Melderegister belegt. Was ich noch anführen möchte ist, dass wir auf Grund des Einführens und zwar des sehr strengen Einführens von Parkzonen in der Stadt Graz auch wieder viele haben, die eine Ausnahmegenehmigung haben wollen und auch dadurch kam es verstärkt zu Anmeldungen. Es ist auch damit zu rechnen, dass bei einer eventuellen Ausweitung von Parkzonen, die wir heute noch beschließen wollen, sich dieser Trend auch fortsetzt. Der Schaden, wenn sie so wollen, pro Jahr, oder was man da tun kann, dazu möchte ich Ihnen auch eine Antwort geben. Wir haben beim letzten Finanzausgleich uns wirklich bemüht, dass wir es schaffen, dass wir in Zukunft nicht wieder Volkszählungen haben, so war es auch ursprünglich von Bundesregierungsseite versprochen, sie haben gesagt, in Zukunft haben wir das zentrale Melderegister. An dieser Stelle sage ich auch einmal dankeschön an alle Magistratsbediensteten und an alle Frauen und Männer, die daran arbeiten, weil seitdem es dieses zentrale Melderegister bei den Gemeinden und bei den Städten gibt, funktioniert es um vieles besser und das haben wir auch als Dienstleistung übernommen und nahtlos weiterführen können. Ich glaube sogar verbessert. Jetzt geht es darum, kommen noch einmal Volkszählungen, also ist im Jahr 2011 wieder eine Volkszählung oder können wir uns diese Kosten sparen, kommen wir endlich dazu, dass auf Grund des zentralen Melderegisters wir automatisch diese Zahlen übernehmen und im Finanzausgleich berücksichtigen. Es gibt noch keine klare Antwort weder von Landes- noch von Bundeseite, auch über den österreichischen Städtebund sind wir da mit unseren Anfragen nicht weitergekommen. Im Moment gilt es so, solange dieser Finanzausgleich da ist, und das ist bis zum Jahr 2008, zählen leider die Zahlen von 2001 und würden wir jetzt schon um viel, viel mehr Geld in den Kassen haben. Aber der Trend soll sich fortsetzen und die Bemühungen von mir und der ganzen Stadtregierung und der Beamtenschaft sind da, endlich einmal aufzuzeigen, wie viele Einwohner wirklich in Graz sind. Vielleicht noch eine kleine Randbemerkung, das sind nur die Hauptwohnsitze, die Sie aufgezählt haben, wir haben in Graz auch eine große Anzahl von Nebenwohnsitzen, es sind schon weit über 40.000 und wenn Sie die zusammenzählen, dann haben wir schon fast 300.000 Einwohner, es wird in unserer Stadt sicher auch Menschen geben, die gar nicht

gemeldet sind, also Sie können damit rechnen, dass jeden Tag in dieser Stadt mehr als 300.000 Menschen leben und das stellt uns in der Infrastruktur auch vor dementsprechend große Probleme und wir kriegen über den Finanzausgleich leider nur für knapp 227.000 Menschen im Moment unsere Gelder. Das heißt, wir werden alles daran tun, dass bei der nächsten Volkszählung oder beim Anerkennen des zentralen Melderegisters wir in Zukunft mehr Geld bekommen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Khull-Kholwald**: Herr Bürgermeister, soweit ich das richtig festgestellt habe oder geschätzt habe, sind auf 10 Jahre so etwas um die 150 Millionen Euro, die uns faktisch auf Jahre verteilt fehlen bis zur nächsten neuen Festsetzung der Einwohnerzahl beziehungsweise dieses Betrages. Meine Frage geht jetzt wirklich in diese Richtung, müssen wir das tatsächlich so hinnehmen, dass man da nichts machen kann?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist ganz genau im Finanzausgleich geregelt, das ist paktiert und unterschrieben in der Republik von allen Gebietskörperschaften und in dem Augenblick, wo es einen neuen Finanzausgleich gibt, ist das wieder zu verhandeln. Das heißt, ich nehme an, dass wir spätestens im nächsten Jahr mit den Verhandlungen beginnen und normalerweise zählen immer die Zahlen für 10 Jahre. Sehr ungerecht, sie dürfen nicht vergessen, dass allein in Linz ursprünglich über 220.000 Hauptwohnsitzgemeldete waren, die sind auf 180.000 zurückgefallen. Ist aber auch für Linz eine enorme Katastrophe im Finanzbereich, wenn ich so sagen darf, aber wir setzen jetzt eh alles dran, damit das nächste Mal wir uns den uns zustehenden größeren Kuchen auch abholen können.

9) Drogeninitiative

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Korschelt**: Darf ich nur einen Satz vorab sagen zu der Stadtparkdiskussion. Ich meine, es wäre von meiner Seite widersinnig, da einen Gipfel zu verlangen und dann zu dem Gipfel nicht zu erscheinen. Also, mir ist diese Mail nicht zugegangen. Aber es gibt vielleicht auch in der Elektronik irgendwelche Knöpfe, die zu entwirren sind. Aber jetzt zur mündlichen Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir haben ja heute dieses Thema schon unter den Strategien der Stadt Graz, wie wirksam doch Drogenpolitik ist, auf der Tagesordnung und auch wie ich entnommen habe, gibt es ja einen dringlichen Antrag über mehr Exekutive, was ja auch in diesen Antrag hineinspielt. Ich möchte jetzt nur die letzten zwei Sätze zusammenfassen. Das Drogenproblem wird sich nur durch besondere Überwachung eindämmen lassen. Ohne verstärkten Einsatz von Polizei auf Straßen und Plätzen wird der gewünschte Erfolg nicht zu erreichen sein. Eine Aufstockung der Drogenfahnder bei der Grazer Polizei muss dringendst erfolgen. Auch müssen vor allem die Plätze vor den Grazer Schulen wieder verstärkt in eine polizeiliche Überwachung einbezogen werden. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen muss der Bereich der Aufklärung in Schulen verstärkt werden, muss den jungen Menschen klar gemacht werden, dass der Konsum von illegalen Drogen und auch der Konsum legaler Substanzen wie die sogenannten Alkopops ihre Gesundheit ruinieren und ihre Zukunft vernichten können.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie dafür sorgen werden, dass in der Stadt Graz eine Drogeninitiative, vor allem in den Schulen, gestartet wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Herr Magister, das Thema Drogen begleitet uns, ich sage jetzt, schon fast täglich. Es ist leider so und wir haben erst im letzten Stadtsenat das Stück gehabt, das auch heute auf der Tagesordnung steht und unser Drogenbeauftragter Herr Zeder hat uns wieder darauf aufmerksam gemacht, wie schwierig es ist, in diesem Bereich auch wirklich Erfolge zu erzielen, es geht immer um dieselben Dinge, präventiv zu wirken, auch hier habe ich, wenn Sie dann wollen, die genauen Zahlen, was allein die Polizei im Schulbereich hier macht, um jungen Menschen klarzumachen, dass sie diesen Weg nicht gehen sollen. Es ist ganz, ganz wichtig, dass wir unsere Maßnahmen gemeinsam mit der Polizei abstimmen und verstärken, was die Repression anbelangt, aber auch danach ist es, glaube ich, ganz, ganz wichtig, dass wir den Opfern die notwendige Unterstützung geben. Auch hier hat es eine Diskussion gegeben, die ausgelöst worden ist vom Herrn Stadtrat Werner Miedl, der gesagt hat, dass es eigentlich schon fast schlimm ist, dass das Substitutionsprogramm in der Stadt Graz immer mehr dazu führt, dass die Drogentoten, die wir finden, eigentlich aus dem Substitutionsprogramm kommen und auch hier möchte ich dem Herrn Zeder danken und die Initiative werden wir aufnehmen, dass wir in Zukunft vielleicht Modelle anderer Bundesländer genauer studieren. Wir konnten am Freitag in Erfahrung bringen, dass in Oberösterreich das Ausgeben der Substitutionsdrogen auf eine ganz andere Art und Weise erfolgt. In der Steiermark haben wir nach wie vor damit zu tun, dass die Ärztekammer über das Ärztegesetz einfach darauf besteht, dass sehr viele Ärzte diese Suchtmittel an Süchtige weitergeben können und ich sage auch dazu, all jene, die hier restriktiv vorgehen, werden einfach auch automatisch immer weniger Kunden haben und all jene, die eher locker damit umgehen, werden einen größeren Zustrom der Süchtigen haben und ich glaube, dieses Themas müssen wir uns annehmen, das wäre ganz, ganz wichtig, weil es auch nicht sein kann, dass junge Menschen irgendwann einmal, schon in jungen Jahren in dieses Programm hineingenommen werden, dann vielleicht zwischendurch, auch das haben wir in Erfahrung bringen können, ihrem Körper eine Pause vergönnen, indem sie Leistungen, die wir anbieten, in Anspruch nehmen, aber wohl wissend, dass sie danach wieder weitertun, das ist nicht die richtige Lösung, da sind wir am falschen Weg und ich glaube, dass wir sehr stolz sein können auf die Arbeit des Herrn Zeder und aller Damen und Herren, die in diesem Bereich mithelfen und alle Initiativen, die sie begründen, die uns gemeinsam einfallen, werde ich mit unterstützen, das sollen Sie wissen (*Applaus ÖVP*)

StRin. **Monogioudis:** Herr Gemeinderat Korschelt! Ich gebe Ihnen insofern Recht, als man das Problem sehr ernst nehmen muss, aber ich glaube, man soll sich nicht der Illusion hingeben, dass es mit Abschreckung gelöst werden kann und das Abschrecken eben die wirksamste Präventionsmaßnahme ist. Aufklärung passiert in sehr hohem Maße, ich denke, es ist wichtig, dass Kinder einerseits ein gestärktes Selbstwertgefühl haben, dass sie nein sagen können, dass sie nicht eine niedrige Frustrationsschwelle haben, das alles ist wichtig, aber besonders möchte ich darauf hinweisen auf die sozialen Probleme, die ja das Problem zusehends verschärfen. Wenn Jugendliche keine Zukunftsaussichten haben, wenn Jugendliche keinen Lehrplatz bekommen, wenn sie das Gefühl haben müssen, sie werden von der Gesellschaft überhaupt nicht gebraucht, dann ist natürlich die Gefahr, dass jene Jugendlichen anfälliger sind, sehr groß, weil diese keine Perspektive haben. Das ist ja etwas, was sich entsprechend auswirkt. Also, ich glaube, wir sollten nicht uns der Illusion hingeben, wenn wir jetzt an allen Schulen eine große Aufklärungskampagne machen, dann würde sich das Problem lösen. Aber ich hoffe, so haben Sie es ohnehin nicht gemeint (*Applaus KPÖ*).

StR. **Miedl:** Nachdem mich der Herr Bürgermeister zitiert hat, mir ist und war es auch ein Anliegen, in drogenpolitischen Fragen prophylaktisch, aber auch repressiv vorzugehen. Beide Standbeine sind aus meiner Sicht, Herr Gemeinderat Korschelt, unverzichtbar und ich denke, dass wir mit dem Herrn Ulf Zeder jemanden in der Stadt haben, der sehr kompetent und auch sehr vertrauenserweckend eine Aufgabe wahrnimmt, die bei Gott eine schwierige ist. Aber trotzdem, meine Damen und Herren, sollten wir uns als politisches Gremium wirklich ernsthaft nochmals überlegen, ob die Art und Weise, wie unsere Drogenpolitik sozusagen vonstatten geht, ob das die richtige ist, ich denke, wir sollten das permanent hinterfragen. Wir sollten permanent nachdenken darüber, was wir tun. Und ich für meinen Teil kritisiere folgenden Umstand: Wir gehen immer stärker dazu über, Drogenabhängige mit anderen legalen Drogen zu substituieren. Das ist Substitol im Regelfall aber auch Subutex und andere synthetische Drogen. Das hat zur Folge, dass der Drogenabhängige im Regelfall den Arzt als seinen Drogendealer erkennt, in sehr vielen Fällen ist es auch so, dass die Ärzte per Vornamen angesprochen werden und

in Wirklichkeit als der Drogenlieferant gesehen werden. Ich halte das für eine sehr gefährliche Entwicklung. Erst vor kurzem habe ich mit Jugendlichen gesprochen, die eine dermaßen hohe Dosis an Substital verabreicht bekommen haben, dass es mir und uns allen wahrscheinlich relativ leicht gelänge, mit einer dieser Dosen in sehr langen Tiefschlaf versetzt zu werden. Ich denke, wir sollten verstärkt auch wieder das Element der Drogenfreiheit auch in den Mund nehmen und als Ansatz des politischen Denkens, wenn ich völlig drauf verzichte, diese Drogenfreiheit auch als Ziel zu deklarieren, werde ich wahrscheinlich immer öfter scheitern, wenn es darum geht, dass wir Jugendliche von einem bereits eingeschlagenem Weg abbringen wollen. Zur Drogenfreiheit gehört natürlich auch der Umgang mit Nikotin und Alkohol dazu und es gehört natürlich dazu, dass wir als Erwachsene ein entsprechendes Beispiel abgeben wollen. Und ich, meine Damen und Herren, habe sehr oft davon gesprochen, dass die Jugend ein Recht auf Grenzen hat. Da treffen wir uns im Übrigen auch. Eine Grenzziehung, und da haben wir in der Politik eine hohe Verantwortung, meine Damen und Herren, führt dazu, Ver- und Gebote entsprechend ernst zu nehmen und meine Damen und Herren, ich habe in Ermangelung des Umstandes, dass andere Ämter Jugendschutzkontrollen wahrnehmen, meine Bau- und Anlagenbehörde angewiesen, den Jugendschutz auch verstärkt in den Mittelpunkt ihrer Überwachungen zu rücken, weil ich es für nicht verantwortlich halte, meine Damen und Herren, dass wir ein Jugendschutzgesetz haben, das in dieser Stadt niemand kontrolliert (*Applaus ÖVP*). Es ist für mich eine Frage der politischen Hygiene, wenn wir Verordnungen und Gesetze erschaffen, dass wir dann nicht akzeptieren, dass diese permanent gebrochen werden und ich denke, auch hier muss vor allem der instabile Jugendliche darüber Bescheid wissen, dass wir durchaus bereit sind, unser politisches Vermögen in die Hand zu nehmen, um die instabilen Jugendlichen auf einen ordentlichen Weg zu bringen und sie anzuleiten, sich so zu verhalten, dass sie sich nicht selbst gefährden. Für mich ist das auch ein sehr hohes Aggressionspotential der Jugendlichen gegen sich selbst und das zu hinterleuchten, dazu gehört natürlich dazu, dass die Sozialarbeit, die Exekutive, die verantwortlichen Eltern, meine Damen und Herren, die sollten wir nicht auslassen, (*Applaus ÖVP*) zusammenarbeiten und wir in der Politik haben Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass das auch funktionieren kann (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Meine Damen und Herren, ich ersuche wirklich alle politischen Kräfte in diesem Haus und vor allem das

Jugendamt gemeinsam mit dem Sozialamt, mich dabei zu unterstützen, die Jugendschutzarbeit im Sinne des Jugendschutzes gemeinsam wahrzunehmen, das wäre mein Plädoyer in Sachen Drogen und Drogenabhängigkeit, meine Damen und Herren (*Applaus ÖVP*).